

fall größer werdender Niedriglohnsektor denkbar ist. Insofern ist darüber hinaus danach zu fragen, wie die Tendenz der Ausweitung des Niedriglohnsektors speziell bei qualifizierten Beschäftigungen zu verhindern ist. In diesem Zusammenhang sind insbesondere gegenüber der Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Mini- oder Midijobs mit oft reduzierten Stundenlöhnen rechtlich höhere Hürden zu setzen. Des Weiteren ist es in der Bundesrepublik die Aufgabe der Tarifparteien, in fairen Auseinandersetzungen für akzeptable Lohnstrukturen zu sorgen, was eine vorrangige Aufgabe vor allem der Gewerkschaften bezeichnet, auf der Grundlage eines möglichst hohen Organisationsgrades für die Beschäftigten angemessene Tarife zu erstreiten.

Darüber hinaus ist eine verbesserte sozialrechtliche Absicherung der Beschäftigten anzustreben. Dies könnte in Deutschland insbesondere durch eine Veränderung der Sozialsysteme erreicht werden, wobei das bisher wesentlich an den Arbeitsverhältnissen orientierte Sozialversicherungssystem schrittweise zu überwinden wäre. An die Stelle dieses Systems sollten sozialrechtliche Grundstandards im Bereich der Alterssicherung, der Gesundheitsversorgung sowie der Sicherung eines soziokulturellen Existenzminimums treten, die als Bürgerrechte definiert sind. Dementsprechend ist die Finanzierung der Sozialsysteme neu zu regeln, da die sogenannten Lohnnebenkosten für große Teile der Wirtschaft, speziell für das Handwerk, ein Wettbewerbsproblem darstellen. Auch die Sonderregelungen für Mini- und Midijobs müssten in diesem Zusammenhang einer Revision unterzogen werden.⁶ Zudem wirken andererseits für viele Beschäftigte, speziell in dem Bereich niedriger Löhne, die Lohnnebenkosten de facto wie eine unvergleichlich hohe Steuer. Sinnvoll wäre somit eine schrittweise Abkehr von dem in Deutschland traditionellen, an den Beschäftigungsverhältnissen orientierten Sozialversicherungsprinzip hin zu einer Steuerfinanzierung der Sozialsysteme, wie es auch die EKD-Denkschrift »Gerechte Teilhabe« vorschlägt (vgl. EKD 2006, 56). In diesem Sinn könnte der Weg zur Steuerfinanzierung »ein gangbarer Weg [...] sein [...], den Faktor Arbeit zu entlasten und so für größere Flexibilität in der Wirtschaft zu sorgen, die der Arbeitsplatzentwicklung zu Gute kommt« (ebd.). Da es in Deutschland bisher jedoch keine Tradition eines solchen Sozialsystems gibt, bedarf es längerer Umstellungsprozesse und es muss schrittweise Vertrauen in ein nachhal-

(6) In diesem Rahmen könnte auch eine Mindestförderschwelle, wie in Frankreich und England, festgelegt werden, um die Förderung an ein entsprechend definiertes Maß der Integration in die Arbeitswelt zu verknüpfen (vgl. Herzog-Stein/Sesselmeier 2012, 43-47).

tiges, überwiegend steuerfinanziertes Sozialsystem aufgebaut werden.

Die Entwicklung eines solchen neuen Steuersystems würde sich schließlich auch im Blick auf die zunehmende soziale Ungleichheit als sinnvoll erweisen können. Die angedeutete Spreizung der Arbeitslöhne in Verbindung mit der generellen Tendenz einer stärkeren Ausdifferenzierung der Arbeitsmärkte, die nicht ausschließlich, jedoch weitgehend entlang von sich differenzierenden Qualifizierungsniveaus erfolgt, hat in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich eine Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit in den Industrienationen zur Folge gehabt. Indem sich zuvor relativ stabile soziale Milieus zunehmend auflösen, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse zunehmen und der ökonomische Wettbewerbsdruck sowie die damit verbundenen Qualifizierungsanforderungen steigen, führen diese unterschiedlichen Entwicklungen im Trend zu einer Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit mit häufig problematischen gesellschaftlichen Ausgrenzungserfahrungen, auf die Betroffene mit einem deutlichen Anstieg psychosozialer Konflikte und Erkrankungen reagieren. Diese Prozesse zunehmender Ungleichheit wurden in den meisten Industrienationen auf der Grundlage neoliberaler Politikkonzepte dadurch verschärft, dass durch entsprechende steuerpolitische und sozialpolitische Maßnahmen die Ungleichheit gesellschaftspolitisch nicht bekämpft, sondern faktisch legitimiert und durch politische Maßnahmen oft sogar verstärkt worden ist. Diesen Trend gilt es im Blick auf die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer sozial-ethischen Verantwortung speziell für die Verlierer der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse umzukehren. Dementsprechend kommt es auf einen handlungsfähigen, »starken« Staat an, der aus der ökonomischen Entwicklung resultierende problematische gesellschaftliche Entwicklungen zu korrigieren vermag. Diesbezüglich spielt die Steuerpolitik eine zentrale Rolle.⁷

Insofern ist auf die skizzierten Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland mit den problematischen Auswirkungen speziell im Niedriglohnsektor mit einer deutlichen Neuorientierung der Sozial- und Steuerpolitik zu reagieren. Es ist nicht zuletzt das Verdienst der EKD-Denkschrift »Gerechte Teilhabe«, diesen Zusammenhang frühzeitig in den Blick genommen und entsprechende Korrekturen eingefordert zu haben. Auch wenn einzelne Überlegungen und

(7) Vgl. auch die von der Kammer für soziale Ordnung der EKD (2009b) erarbeitete Schrift »Transparenz und Gerechtigkeit. Aufgaben und Grenzen des Staates bei der Besteuerung«, die vorrangig einen neuen gesellschaftlichen Diskurs zum Thema »Steuern« anregen wollte.

Lösungsperspektiven der Denkschrift angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre präzisierungsbedürftig sind, ist diese generelle Neuausrichtung der Ordnungspolitik mit Nachdruck in die öffentlichen Debatten einzubringen, da speziell diese Reformperspektive bisher weiterhin unbeachtet geblieben ist.

⇒ Ausblick

Die Arbeitsmarktentwicklung der letzten fünf Jahre in der Bundesrepublik Deutschland ist höchst ambivalent zu bewerten. Zwar ist die Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt worden, parallel dazu stieg jedoch der Niedriglohnsektor, der ohnehin in den vergangenen zwei Jahrzehnten um rund 50% gewachsen ist, noch einmal an. Insofern ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit einer Zunahme des Niedriglohnsektors, darunter überdurchschnittlich viele sog. atypische Beschäftigungsverhältnisse, »erkauft« worden. Dieser Bereich bedarf dringend der politischen Regelung, wobei in diesem Beitrag nicht für eine generelle Rücknahme flexibilisierter Arbeitsverhältnisse plädiert wird, sondern die Einführung von Mindestlöhnen – welche inzwischen im Jahr 2014 nach dem Entstehen des vorliegenden Beitrags gesetzlich in Deutschland eingeführt wurden – und eine Neuformatierung des Sozialsystems in Richtung einer Steuerfinanzierung favorisiert werden.

⇒ Literaturverzeichnis

Bernhard, Ludwig (1904): Das moderne Lohnsystem und die Sozialreform, in: Die Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses von 1904, Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht.

Castel, Robert (2009): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: ders.; Dörre, Klaus (Hg.): Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 21-34.

Dörre, Klaus (2005): Prekarisierung contra flexicurity. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitspolitische Herausforderung, in: Kronauer, Martin; Linne, Gudrun (Hg.): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität, Berlin: Edition Sigma, 53-72.

EKD, Kirchenamt der EKD (Hg.) (2006): Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh.

EKD, Rat der EKD (Hg.) (2009a): Pro und Contra Mindestlöhne. Gerechtigkeit bei der Lohngestaltung im Niedriglohnsektor. Eine Argumentationshilfe der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung (EKD-Text 102), Hannover.

EKD, Kammer für soziale Ordnung der EKD (2009b): Transparenz und Gerechtigkeit. Aufgaben und Grenzen des Staates bei der Besteuerung (EKD-Text 106), Hannover.

EU-Kommission (2008): Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2008, Brüssel.

Feldhoff Kerstin (2011): Soziale Ungleichheit durch deregulierte Arbeitsverhältnisse!? Arbeits- und Sozialrechtliche (Fehl-) Entwicklungen in Deutschland, in: : Bedford-Strohm, Heinrich (Hg.): Jahrbuch Sozialer Protestantismus V. Arbeitswelten, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 159-192.

Hermann Ribhegge, Hermann (1993): Art. Lohn, in: Lexikon der Wirtschaftsethik (hg. von Enderle, Georges), Freiburg: Herder Verlag, 616-624.

Herzog-Stein, Alexander; Sesselmeier, Werner (2012): Alternativen zu Mini- und Midijobs? Die Beispiele Frankreich und Vereinigtes Königreich, in: WSI-Mitteilungen, 1/2012, 41-49.

Klenner, Christina (2001): Prekarisierung der Arbeit – Prekarisierung im Lebenszusammenhang, in: WSI-Mitteilungen 8/2011, 378.

Müller-Hilmer, Rita (2006): Gesellschaft im Reformprozess, im Auftrag der Friedrich-Ebert Stiftung durchgeführt von TNS Infratest Sozialforschung, Berlin/Bonn.

Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, Bern 21950.

"Unsichere Dienstleistungsarbeit", in: boecklerimpuls 14/2011 (21.9.2011), online zugänglich unter: www.boeckler.de/impuls_2011_14_gesamt.pdf (Zugriff v. 25.07.2014).

Traub, Gottfried (1907): Der Pfarrer und die soziale Frage, Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht.

Voss, Dorothea; Weinkopf, Claudia (2012): Niedriglohnfalle Minijob, in: WSI-Mitteilungen 1/2012, 5-11.

Weinkopf, Claudia (2011): Prekarisierung und Niedriglohnbeschäftigung, in: Bedford-Strohm, Heinrich (Hg.): Jahrbuch Sozialer Protestantismus V. Arbeitswelten, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 134-158.

Zitationsvorschlag:

Traugott Jähnichen (2014): Prekarisierung der Arbeit: Prekarisierung der Arbeit – internationale Realität oder Schimäre: Zur deutschen Situation und zur Positionierung der EKD (Ethik und Gesellschaft 2/2014: Prekäre Arbeit). Download unter:http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2014_Jaehnichen.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2014: Prekäre Arbeit

Klaus Dörre

Prekarität als Konzept kritischer Gesellschaftsanalyse – Zwischenbilanz und Ausblick.

Ueli Mäder

Arm, erwerbstätig und prekarisiert.

Sabine Plonz

Prekarisierung. Geschlechterperspektive. Ethik.

Michèle Amacker

Precare. Prekarität im Lebenszusammenhang: Die zwei Gesichter der *Care*-Prekarität.

Traugott Jähnichen

Prekarisierung der Arbeit – internationale Realität oder Schimäre: Zur deutschen Situation und zur Positionierung der EKD.

Torsten Meireis

Prekäre Gerechtigkeit – zur ethischen Bewertung zunehmender Unsicherheit im Erwerbskontext.

Christoph, Sigrist

Die sozialetische Herausforderung aus sozialdiakonischer Sicht.